„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Ein Grundsatz des Liberalismus

In einer großangelegten Rede auf einem liberalen Bankett in Regina berührte Premier Gardiner von Saskatchewan auch mit einigen Worten die Frage der Minderheiten in Canada und verkündigte im Zusammenhang damit folgendes Prinzip:

„Der Liberalismus in Canada kennt keinen Unterschied hinsichtlich der Rasse oder des Glaubens unter den Menschen kaukasischer Abstammung, die sich innerhalb unserer Grenzen angesiedelt haben, ausgenommen, soweit ein Schutz der Minderheiten notwendig ist, um die starken Charaktereigenschaften, welche diese Minderheiten zur Kräftigung der in der Entwicklung begriffenen canadischen Nation beizutragen haben, den zukünftigen Generationen zu erhalten. Es gibt keine gesetzgebende Körperschaft in Canada, wo die Anwendung dieses Grundsatzes notwendiger ist als in Saskatchewan."

Wir wollen gerne anerkennen, daß sich Premier Gardiner, der sich schon mehrfach als Freund der Minderheiten erwiesen hat, durch Verkündigung dieses liberalen Prinzips ein Verdienst erworben hat. Eigentlich ist es ja für den der Liberalismus in seinem tiefsten Kern erfaßt und verstanden hat, eine Selbstverständlichkeit, daß das freie Spiel der Kräfte **namentlich auf dem Gebiete der Nationalität und Religion** zur Geltung und Anerkennung gelangen sollte. Die Kriegsjahre und ihre Folgen haben leider diese Selbstverständlichkeit hierzulande zunichte gemacht. Man hat uns als „Foreigners", als „Barbaren" und „Hunnen" beschimpft und behandelt. Alles Schlechte, das eine gemeine Phantasie nur erfinnen kann, hat man uns nachgesagt, weil auch die liberale englische Presse unser deutsches Volk mit Schmutz beworfen und so zur Aufpeitschung des Hasses gegen uns ihr gut Teil beigetragen hat. Unter einer liberalen Regierung wurden in Saskatchewan die Rechte auf fremdsprachigen Unterricht in den Volksschulen, wurden die den Mennoniten gewährten Freiheiten usw. widerrufen. Wo immer möglich, wurden die Deutschsprechenden und ihre Nachkommen aus öffentlichen Aemtern ferngehalten.

Es ist notwendig, an diese Dinge, die hoffentlich der Vergangenheit angehören, zu erinnern, um die Bedeutung der Erklärung des Premier Gardiner vollkommen zu würdigen. **Mögen nun auf die Worte auch die Taten folgen!** Will man die guten Charaktereigenschaften der verschiedenen Nationalitäten in die zukünftige canadische Nation hineinweben, dann schafte man eine Möglichkeit dazu! Die geistigen und sittlichen Kräfte eines Volkes finden ihren besten Ausdruck in dessen Sprache. Wer es ehrlich und aufrichtig mit den Minderheiten meint, wer ihre kulturellen Werte in Canada zur Auswirkung bringen will, muß konsequenterweise darauf hinwirken, **daß den Einwanderern und ihren Kindern ihre Muttersprache möglichst lange erhalten bleibt.** Ist es Premier Gardiner Ernst mit dem von ihm aufgestellten Prinzip — woran wir nicht zweifeln — so wird es seine Pflicht sein, vor allem dafür zu sorgen, **daß das Unrecht wieder gutgemacht wird, das den Deutschen in Saskatchewan durch Verdrängung des deutschen Unterrichts aus den Volksschulen der Provinz zugefügt worden ist.**

Diese kurze Andeutung möge genügen, um wenigstens einen Weg zur praktischen Anwendung des liberalen Grundsatzes vom Schutze der Minderheiten zu zeigen.

Das Ende der Militärschnüffelei

Ueber die restlichen Fragen der Entwaffnung Deutschlands, die Gegenstand mehrwöchiger Unterhandlungen waren, wurden zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich eine vollständige Verständigung erzielt.

Der alliierte Botschafterrat ist noch mit der Ausarbeitung einiger Einzelheiten der in Betracht kommenden Probleme beschäftigt, aber alle schwebenden Differenzen über die militärische Kontrolle über Deutschland sind beigelegt und es liegen keine Fragen vor, die im Sinne der Genfer Vereinbarung vom 12. Dezember 1926 vor den Völkerbund gebracht werden müßten.

Die Arbeit der Interalliierten Militärkontrollkommission wird somit in Deutschland eingestellt und der Völkerbund übernimmt nun die Aufsicht darüber, daß Deutschland allen Entwaffnungsbedingungen des Versailler Vertrages nachkommt.

Das erreichte Abkommen sieht die Schleifung der Festungswerke in Küstrin, Glogau und in der Nähe von Königsberg vor. Die deutsche Regierung gibt in dem Abkommen die Erklärung ab, daß keine anderen Festungen, ausgenommen jene, die von den Alliierten anerkannt sind, existieren und daß Deutschland keine anderen Festungen zu bauen plane.

Die seit sieben Jahren bestandene Militärkontrolle war eine der demütigendsten Bestimmungen des Versailler Vertrages, eine jener Bestimmungen, die besonders geeignet war, die Erregung in Deutschland wachzuhalten und immer neue Konflikte heraufzubeschwören. Die Aufrechterhaltung der Kontrollkommission hat Deutschland ungefähr 12½ Millionen Dollars gekostet, während Waffen und Munition im Wert von vielen Millionen Dollars zerstört wurden.

Nach einem halbamtlichen Bericht hat die Interalliierte Militärkontrollkommission während ihrer Amtstätigkeit die Zerstörung von 54.000 Kanonen, von 100.000 Maschinengewehren, 14.000 Flugzeugen, 27.000 Flugzeugmaschinen, 174.000 Gasmasken, 488.000.000 Gewehrpatronen, 39.000.000 Geschossen und Minen, 36.000 Tonnen Pulver, 6 Millionen Gewehren und Revolvern, 28.469 Minenwerfern und 59 Millionen Zündern angeordnet.

Die Kommission machte 33.000 Inspektionsreisen, in deren Verlauf es zu 121 unliebsamen Zwischenfällen mit der Bevölkerung kam.

Weltumschau

Deutschland.

Kanzler Marx verlas im Namen seines neuen bürgerlichen Koalitions-Ministeriums die Erklärung der Regierung im Reichstag. Sie enthält das Gelöbnis bedingungsloser Treue zur Verfassung der deutschen Republik nebst der Versicherung, daß die Politik internationaler Versöhnung unverändert fortgesetzt wird. Die Erklärung verspricht auch nächtige Aenderungen in der Reichswehr und kündigt ein umfassendes Programm von Finanz-, Wirtschafts- und Schulgesetzgebung an. Das Ministerium ist sich einig darüber, daß die Grundlage seiner Politik die Anerkennung der Gesetzmäßigkeit der republikanischen Staatsform sein muß, wie sie in der Verfassung von Weimar niedergelegt ist. „Es ist der einmütige Wille der Reichsregierung, unserer Verfassung, einschließlich ihrer Farben, Schutz, Achtung und Ehre zu gewährleisten. Jeder Versuch zu einer Aenderung, durch gewaltsame oder andere gesetzwidrige Mittel, wird als Verrat geahndet." Die Verlesung der Erklärung brachte keinen bemerkenswerten Zwischenfall. Einige Bewegung entstand nur bei der Bemerkung des Kanzlers, daß alle Parteien jetzt die auswärtige Politik unterstützen. Die Angabe wurde von den Sozialisten, Demokraten und Kommunisten mit Hohngelächter begrüßt. Ebenso der Hinweis des Kanzlers auf die Notwendigkeit, Deutschlands Wahrzeichen der Vergangenheit zu ehren. In der Debatte sprachen Redner der Linken zuerst. Vorher brachten Demokraten und Kommunisten Mißtrauensanträge gegen die Regierung ein.

Die Ergebnisse der Wahlen in Thüringen zeigen eine entschiedene Schwenkung nach links. Die Sozialisten und Kommunisten erzielten Gewinne im thüringischen Landtag, die Deutschnationalen verloren. Von den 56 Sitzen im Landtag bekommen die Sozialisten 18 und die Kommunisten 8, das Verhältnis der Arbeiter zu den bürgerlichen Parteien ist 46.5 gegen 53.5 Prozent. Zu den bürgerlichen Mitgliedern gehören indessen zwei Demokraten, die wegen des Widerstandes ihrer Partei gegen das Reichskabinett sich wahrscheinlich den Sozialisten und Kommunisten anschließen, so daß das Haus gleich geteilt würde. In der Abstimmung in Thüringen wird ein Anzeichen erblickt, daß im ganzen Lande ein Ruck nach links erfolgen wird, sollte der Wirrwarr mit dem Kabinett Präsident von Hindenburg zur Auflösung des Reichstags und Ansetzung von Neuwahlen zwingen.

Deutschland verlor einen gegen die Reparations-Kommission vorgebrachten Fall, in dem es sich um Ansprüche von über 9,000,000,000 Mark handelt, durch die Entscheidung eines besonderen Schiedsgerichtshofes, der geschaffen worden war, um Fragen über die Auslegung der Bestimmungen des Dawes-Planes zu schlichten. In der vorgebrachten Frage handelte es sich darum, ob gewisse Zahlungen Deutschlands als in die jährlichen von Deutschland dem Generalagenten als Reparationszahlungen zu machenden Leistungen eingeschlossen betrachtet werden sollten oder nicht.

Reichspräsident von Hindenburg hat das Gesuch um Begnadigung des verurteilten Kommunistenführers, Räuberhauptmannes und Mordbrenners Hölz abschlägig beschieden. Von halbamtlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß Hölz nicht nur wegen Totschlages, begangen an dem Gutsbesitzer Heß, sondern auch wegen einer großen Anzahl von Sprengstoffvergehen, zwei Beraubungen, einer Brandstiftung und eines versuchten Totschlages verurteilt worden sei.

Oesterreich.

In Loibersbach, bei Wiener-Neustadt, führte der erbitterte Haß, welchen die völkischen Hakenkreuzler den Sozialisten und der österreichischen Republik entgegenbringen, zu einem Blutvergießen, bei welchem drei Soldaten und ein achtjähriger Knabe tot hingestreckt wurden und vierzehn andere mit einer sozialistischen Volksmenge mitmarschierende Menschen, darunter ein sechsjähriger Junge, mehr oder minder schwer verwundet und in Krankenhäuser gebracht wurden. Die Wiener Sozialisten, die allsonntäglich eine Werbeversammlung veranstalten, hatten sich am letzten Sonntag nach der Umgegend des antisozialistischen Ortes Loibersbach verlegt, was von den dort stark vertretenen antisemitischen Hakenkreuzlern stark verübelt wurde. Letztere versammelten sich in einem Gasthof des Ortes. Zwischen dem republikanischen Verband, dessen großenteils sozialistischen Mitgliedern die Polizei gestattete, kleine Holzknüppel als eine Art Seitengewehr und Verbandsabzeichen zur Schau zu tragen, und den Hakenkreuzlern, die große Gummiknüppel tragen, war es seit Monaten zu vielen Zusammenstößen besorgniserregender Art gekommen, zumal da Heißsporne beider Parteien sich an die Verbandssatzung, welche das Tragen von Feuerwaffen verbietet, längst nicht mehr kehrten.

Die Wiener „Neue Freie Presse" veröffentlicht ein Interview mit Premier Mussolini von Italien, laut welchem **er erklärte, daß die Politik die Alliierten** seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages eine inkonsequente, widersinnige und widersprechende gewesen sei und in der Zukunft vielleicht dies noch mehr sein werde. **Er behauptet, daß die** Frage des Zusammenschlusses von Deutschland und Oesterreich für Deutschland von größerer Wichtigkeit als für Oesterreich sei, und erklärte: „Vielleicht kommt es eines Tages zustande, aber das Wachsen von Reichen ist eine Angelegenheit der Zeit. Viele glauben, daß innerhalb eines Jahrhunderts die kleinen Staaten verschwunden sein werden. Italien wird sich durch die langsame logische Macht der Geschichte ausdehnen. Wir werden unsere natürlichen Neigungen zur Ausdehnung, die, davon bin ich überzeugt, friedlicher Natur sein wird, unterstützen."

Ungarn.

Das alte ungarische Magnatenhaus ist nunmehr durch das neue Oberhaus des ungarischen Parlaments abgelöst worden, das seine Eröffnungssitzung abhielt. Das Oberhaus zählt 245 Mitglieder, genau so viel wie das Abgeordnetenhaus und in ihm sind alle Stände vertreten. Als Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeiter wurde der Taglöhner Stephan Meszaros von Nagyganes zum Oberhausmitglied gewählt. Der landwirtschaftliche Taglöhner steht in Ungarn auf der untersten Stufe der sozialen Leiter. Und nun hält ein Vertreter dieser Gilde der Aermsten seinen Einzug in die Pracht des Oberhauses. Nichts hindert ihn daran, neben einem Feudalaristokraten Platz zu nehmen. Ihm gebührt von Rechtswegen der Titel „Hochgeboren". Er ist somit als der erste hochgeborene Taglöhner der Welt sicherlich ein Unikum. Von den in Ungarn lebenden Mitgliedern des Hauses Habsburg-Lothringen gehören vier Erzherzoge dem Oberhaus an, da nur sie den für ihren Stand in Betracht kommenden gesetzlichen Anforderungen entsprachen. Es sind dies die Erzherzoge Josef, Josef Franz, Albrecht und Friedrich.

Jugoslavien.

Nikola Uzunowitsch hat sein viertes aufeinanderfolgendes Ministerium gebildet, in dem fast alle Elemente des Landes vertreten sind und von dem er annimmt, daß es eine Art ständige Regierung sein werde. Das Kabinett trat zurück, weil Uzunowitsch glaubte, daß man sich nicht auf jene Mitglieder des Kabinetts verlassen könnte, die Paul Raditsch, den Minister für landwirtschaftliche Reform, in seiner Weigerung unterstützten, für einen Radikalen als Kandidaten in der Kriegsentschädigungskommission zu stimmen. Der Premier brachte die von Nowakowitsch angeführten Radikalen wieder zurück. Zugleich warf er die Partei von Raditsch über Bord. Das neue Kabinett wird die Unterstützung von 173 des aus 343 Mitgliedern bestehenden Parlamentes haben.

Polen.

Ein grauenvolles Lynchgericht wird aus der Gegend von Czenstochau gemeldet. Seit einigen Wochen waren dort die Bauern durch fortwährende Einbrüche und Diebstähle beunruhigt worden. Schließlich gelang es, den Räuber auf frischer Tat zu ertappen, und eine wütende Bauernschar entschloß sich, auf der Stelle Volksgericht zu üben. Anstatt den Gefangenen den Behörden zu übergeben, bereiteten sie ihm im Beisein einer großen Volksmenge, die schnell zusammengeströmt war, einen qualvollen Flammentod auf dem Scheiterhaufen. Als die Behörden von der Greueltat Kunde erhielten, wurden Gendarmen entsandt, die 28 polnische Bauern ins Gefängnis abführten. Unter Anklage der Beteiligung an dem Lynchmord wird ihnen der Prozeß gemacht werden.

Rumänien.

Der frühere Kronprinz Carol von Rumänien ist bereit, zu seiner Gattin, der Prinzessin Helene, und ihrem Sohne, dem Thronfolger Prinz Michael, zurückzukehren. Diese Erklärung wurde von Professor Nikolas Jorga, dem früheren Lehrer und engen Freunde von Carol, abgegeben.

Bezüglich eines Berichtes, daß Carol sich nach Rapallo in Italien begeben werde, wohin die Prinzessin Helene vor kurzem mit ihrem Sohne reiste, befragt, sagte Professor Jorgan: „Helene hat alles vergeben, und Carol ist bereit, zu seiner Gattin und seinem Kinde zurückzukehren. Seine Rückkehr zu seiner gesetzlichen Gattin bildet eine der hauptsächlichsten Bedingungen für die Unterstützung, die ich ihm gebe, um ihn als Erbe des Thrones seines Vaters folgen zu lassen."

Rußland.

Die Dritte Kommunistische Internationale erklärt, daß sie seit ihrem Bestehen „die Notwendigkeit eines Krieges gegen das anmaßende und mächtigste kapitalistische System und den Imperialismus der Vereinigten Staaten proklamiert hat", und greift die Vereinigten Staaten wegen ihrer latein-amerikanischen und mexikanischen Politik aufs heftigste an. In einer Kundgebung fordert sie alle „anti-imperialistischen Mächte auf, das Volk von Nikaragua in seinem Ringen gegen das Eindringen des amerikanischen Imperialismus zu unterstützen. Die Internationale beschuldigt „die amerikanischen Kapitalisten der Ausbeutung der latein-amerikanischen Länder, Beraubung der Bevölkerung um ihre Unabhängigkeit und der schrittweisen Verdrängung Englands aus jenen Ländern, deren Naturschätze, Industrien und Verkehrswesen an sich reißend."

Amerika versuche Mexiko durch militärische Drohungen zu zwingen, amerikanischen Kapitalisten die Kontrolle der reichen mexikanischen Oelfelder zu überlassen. Ferner plane es alle kleinen Länder Mittelamerikas zu erdrosseln und ganz Latein-Amerika in eine amerikanische Kolonie umzugestalten. Dem Völkerbund wird vorgeworfen, „durch sein Stillschweigen wiederum die Bevölkerung kleinerer Länder betrogen zu haben, um den Imperialisten zu gefallen".

„Die ganze Welt lacht über Herrn Kellogg's Versuche, die Aufmerksamkeit von dem wirklichen Grunde des amerikanischen Eingreifens in Mittelamerika abzulenken, nämlich Gutheißung der Ausbeutung und Beraubung Mittelamerikas durch amerikanische Oelmagnaten und Bankiers".

Nach mehrmonatigen Verhandlungen und Beratungen mit deutschen und amerikanischen Fachleuten hat die Sowjet-Regierung beschlossen, für die großen Wasserkraftanlagen am Dnjepr ihre eigene Arbeitskraft und Fonds zu gebrauchen. Das Kraftwerk soll $60,000,000 kosten und wird die Ukraine mit Strom und Kraft versorgen. Oberst Hugh L. Cooper von New York, der sich erboten hatte, die Anlage zu bauen, wird wahrscheinlich als der hauptsächlichste beratende Ingenieur angestellt werden.

Großbritannien.

Bei Besprechung des Abbruchs der Verhandlungen in Hankau äußert die Times die Ansicht, daß Michael Borodin von Rußland, der als ein Berater der Kantoner Regierung gilt, den Bruch herbeigeführt habe. Er handelte im Verein mit „bolschewistischen Verschwörern, welche die chinesische Nationalbewegung für ihre eigenen Zwecke ausbeuten." Die Daily Mail verlangt sofortige Lösung der britischen diplomatischen Beziehungen mit Rußland. Lord Grey, der frühere Auslandminister, glaubt, daß die Politik der chinesischen Nationalisten großenteils von den Bolschewiki beeinflußt wird. Aus diesem Grund sollten die chinesischen Wirren nicht dem Völkerbund unterbreitet werden.

Das auswärtige Amt sandte Owen O'Malley, der die britischen Verhandlungen in Hankau führt, neue Anweisungen, um den Streit mit den Nationalen von Kanton zu regeln. Die Anweisungen stützen sich darauf, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen wurden, sondern die Zeichnung eines Abkommens verschoben wurde.

Ein Teil des Kabinetts verlangte Beschleunigung der militärischen Operationen im fernen Osten als eine Rüge für Eden und seine Sowjet-Berater. Auslandminister Chamberlain und die Anhänger seiner versöhnlichen Politik standen aber vor der Notwendigkeit, neue Anweisungen an Geschäftsträger O'Malley aufzusetzen, um die Verhandlungen wieder eröffnen zu können.

Italien.

Der Passagier-Flugdienst zwischen Rom und Wien wurde in Gegenwart von Regierungsbeamten eröffnet. Zwölf Personen traten den Eröffnungsflug in dem mit drei Motoren von 720 Pferdekräften ausgestatteten Flugzeuge an. Der Flug zwischen den beiden Hauptstädten nimmt nur sechs Stunden in Anspruch, während die Reise mit der Eisenbahn 33 Stunden dauert.

Zwei italienische Freimaurer, Giuseppe Piva und Cataldo Dria, wurden schuldig befunden, den Attentatsversuch von Gino Lucetti auf das Leben des Premiers Mussolini im September letzten Jahres gutgeheißen zu haben. Lucetti warf zwei Bomben nach dem Automobil des Premiers, ohne diesen zu verletzen. Ein besonderer Gerichtshof, der sich vollständig aus Militärrichtern zusammensetzte, verurteilte Piva und Doria zu einer Gefängnisstrafe von je neun Monaten, 500 Lire Geldstrafe und Stellung unter Polizeiaufsicht für ein Jahr.

Frankreich.

Zwei französische Deserteure, die sich während des Krieges vor zwölf Jahren von der Fahne entfernt hatten, und auf deren Beibringung eine reichliche Belohnung ausgesetzt war, sind, wie vom Departement Hautes Alpes berichtet wird, jetzt endlich dingfest gemacht worden. Die beiden Deserteure, zwei Bauernjungen, waren im Spätjahr 1914 unmittelbar geworden, nachdem sie angeblich einen Monat beim Truppenteil gestanden hatten. Seither sollen sie in Höhlen gehaust und durch das bewaldete Gebirge gestreift sein und sich nur in allerdunkelster Nacht gelegentlich bei Nacht in kleinere Dörfer gewagt haben, um sich dort Lebensmittel oder Kleidung zu verschaffen.

China.

Dr. V. K. Wellington Ku, Außenminister der nördlichen chinesischen Regierung, hat in einer der britischen Gesandtschaft übermittelten Note gegen die Entsendung britischer Streitkräfte nach Shanghai Protest erhoben und die Gesandtschaft ersucht, den Protest ihrer Londoner Regierung zur Kenntnis zu bringen, „in der Hoffnung, daß die britische Regierung die nötigen Anweisungen zur beschleunigten Zurückziehung der, nach China entsandten Truppen erlassen werde, damit sich keine Widerwärtigkeiten ereignen, die geeignet wären, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen zu stören".

Der chinesische Außenminister erklärt in seiner Note, „daß die Entsendung weiterer See- und Landtruppen nach China mit dem Sinn des Ligapaktes im Widerspruch stehe. Es könne nicht genug betont werden, daß sich der nationale Geist des chinesischen Volkes entwickelt hat und daß die militärische Bewegung seitens der britischen Regierung zu ernsten Mißverständnissen führen könnte".

Dr. Ku setzt auseinander, daß, wenn die militärische Expedition Großbritannens lediglich den Schutz der internationalen Ansiedlung in Peking bezweckt, sie völlig unnötig sei, da die chinesischen Behörden imstande seien, hinreichenden Schutz zu bieten, während die Anwesenheit einer großen Anzahl ausländischer Truppen in diesem Gebiete unvorhergesehene Verwicklungen herbeiführen könnte, für die die chinesische Regierung jede Verantwortung ablehnen müßte.

Die Note bringt die Ueberzeugung der chinesischen Regierung darüber zum Ausdruck, daß Großbritannien beschlossen habe, „eine große Anzahl irregulärer Truppen, Kriegsschiffe, Unterseeboote und Flugzeuge nach China zu bringen, was als eine sehr außergewöhnliche Handlung angesehen werden müsse."

Schließlich wird erklärt, daß die britische militärische Expedition einer in der Washingtoner Konferenz angenommenen Resolution zuwiderlaufe, in der die Mächte übereinkamen, die Souveränität Chinas zu respektieren und alle in China stationierten Truppen, sofern diese mit den Bestimmungen bestehender Verträge unvereinbar wären, zurückzuziehen.

Der Außenminister der nationalistischen südchinesischen Regierung, Eugen Tschen, hat die Verhandlungen mit Großbritannien über ein Abkommen, das vorläufig an Stelle der jetzt bestehenden chinesisch-britischen Verträge hätte treten sollen, abgebrochen. Die Unterhandlungen waren zwischen Tschen und dem britischen Geschäftsträger O'Malley geführt worden. Ihr Ziel war, die Beziehungen zwischen China und Großbritannien derart zu regeln, daß, sowohl die Exterritorialitätsvorrechte, wie die Konsulargerichtsbarkeit und die Zollbeschränkungen in Wegfall kämen, da gegen die Fortdauer dieser alten Vertragszustände sowohl die Kantoner wie auch die Pekinger Regierung Einwand erhoben.

Obwohl über die Bedingungen, die den Unterhandlungen Großbritanniens mit der nationalistischen Regierung zugrunde lagen, keine offiziellen Angaben gemacht wurden, verlautete, daß sie sehr liberal und den Wünschen der Chinesen entgegenkommend waren und China so gut wie eine vollständige Zollautonomie sichern würden. Außenminister Tschen weigerte sich, das von dem britischen Geschäftsträger vorgeschlagene Abkommen zu unterzeichnen, „solange England bewaffnete Streitkräfte in Shanghai konzentriere". Aehnliche Bedingungen wie sie den südchinesischen Nationalisten vorgelegt wurden, bilden auch den Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Pekinger Regierung und dem britischen Gesandten für China, Miles Lampson.

Die nördlichen wie die südlichen Armeen treffen Vorbereitungen für einen Feldzug, der nach den Absichten beider Parteien endgültig entscheiden soll, ob die Nationalisten das Territorium behalten sollen, das sie seit kaum vor weniger als einem Jahr begonnenen Vormarsch in das Yangtsetal unter Kontrolle nehmen oder ob die nördlichen Chinesen wieder die allerletzten Herren der Nation werden sollen. Im Erwartung der Kämpfe, deren Mittelpunkt Hankau sein dürfte, suchen die Ausländer so rasch wie möglich aus dem Inneren Chinas herauszukommen.

Ver. Staaten.

Französisches Gold im Werte von 112,000,000 Franken, rund $5,600,000, traf auf dem französischen Dampfer „France" ein. Es ist dies die größte von den französischen Sendungen, die innerhalb eines Monates hier anlangten. Der Dampfer „Paris" brachte $1,000,000, und der Dampfer „Rochambeau" ebenso viel. Die Dampferlinie weigert sich, den Empfänger des Goldes bekannt zu geben, doch nimmt man allgemein an, daß die Sendungen einen Teil eines Goldkredits bilden, den Frankreich in Amerika schaffen will, und über den Debatten in der französischen Kammer wie in Washington stattfinden.

Großartige Entwicklung des deutschen Flugwesens

Neue internationale Linien.

In der kommenden Sommersaison werden im deutschen, Binnen- und internationalen Luftverkehr, mit Berlin als Ausgangspunkt, mehr als 125 Flugzeuge auf rund 50 Linien in Dienst sein.

Der im vorigen Jahr eingeführte und während der Wintermonate unterbrochene Flugdienst zwischen Berlin und Moskau wird wieder eröffnet und ein direkter Luftverkehr zwischen Berlin und Paris eingeführt werden, wodurch der bisherige Umweg über Flugzeuge über München vermieden werden wird.

In Verbindung mit dem italienischen Handelsflugdienst wird auch ein direkter Luftverkehr zwischen Berlin und Rom über München und Mailand aufgenommen werden. Die wichtigste Neuerung vom Standpunkt des internationalen Luftverkehrs bildet jedoch die geplante Luftlinie von Berlin nach Madrid über München, die Schweiz, Marseilles und Barcelona.

An der Förderung des Luftfahrwesens in Deutschland

sind das Reich und die Einzelnen Bundesstaaten gleichmäßig beteiligt. Man kann annehmen, daß in Deutschland im Frühjahr 1927/28 aus öffentlichen Mitteln mindestens 65 bis 75 Millionen Mark für den Luftverkehr aufgewendet werden, davon 20 bis 22 Millionen als reine Kilometergelder für die gelegenen Strecken. Jedes Luftkilometer muß der Lufthansa mit zwei Mark bezahlt werden; dazu erhält sie von den Einnahmen aus dem Personen- und Frachtverkehr 60 Prozent; die regionalen Gesellschaften erhalten 40 Prozent. Die Kosten für die internationalen Linien trägt das Reich allein, die für die innerdeutschen werden im allgemeinen aus Mitteln des Reichs, des Staates und der regionalen Gesellschaften aufgebracht.

Das Reich, das in seinem Haushaltplan für 1927 insgesamt rund 46 Millionen Mark zur Förderung des Luftverkehrs und des Segelflugs, darunter allein für Luftfahrtunternehmungen 19,750,000 Mark, stehen hat, will als Zuschuß für den internationalen Luftverkehr zwölf Millionen und für den innerdeutschen Verkehr eine Million Mark aufwenden. Im preußischen Haushaltplan stehen 6,400,000 Mark; davon sind 1,400,000 Mark für Beteiligung an der Deutschen Lufthansa; die übrigen drei Millionen sollen zur Hälfte als Zuschuß für das Streckennetz in Preußen und für andere Zwecke, wie Flughäfen, Aufbauten usw., verwendet werden. Die Haushaltpläne der übrigen Bundesstaaten sehen für Förderung der Luftfahrt insgesamt rund acht Millionen Mark vor. Zu diesen Summen kommen die Aufwendungen der regionalen Gesellschaften. In Preußen bestehen elf Gesellschaften, die nach ihren bisherigen Angaben rund 7,500,000 Mark als Zuschuß für die gelegenen Strecken aufbringen wollen. Zu diesen Summen kommen dann noch die Beträge der regionalen Gesellschaften aus den übrigen deutschen Staaten.

Die deutsch-russische Luftverkehrs-Gesellschaft „Deruluft" hat in ihrer vorjährigen fünften Luftsaison ihr ursprüngliches Tätigkeitsfeld,

die Luftlinie Berlin—Moskau,

um die gemeinsam mit der ukrainischen Luftverkehrsgesellschaft beflogene Linie Moskau—Charkow erweitert. Diese Erweiterung hat es der „Deruluft" möglich gemacht, in der letzten Flugsaison vom 1. Mai bis 31. Oktober 1926 im regelmäßigen Streckenflugdienst 310,000 Luftmeilen zu erreichen.

Die Passagierbeförderung ebenso wie die Fracht-, Post- und Gepäckexpedition hatten eine steigende Kurve zu verzeichnen. In 518 Flügen hat die „Deruluft" während der vorjährigen Flugperiode mehr als 1100 Passagiere befördert; daneben wurden Gepäck, Güter und Zeitungen von insgesamt 272,000 Pfund transportiert. Während die „Deruluft" im Jahre 1925 an Luftpost 12,000 Pfund beförderte, ist das Jahr 1926 eine Steigerung dieser Ziffer von 100 Prozent festzustellen.

Die meteorologischen Leistungen waren im letzten Jahre außerordentlich zufriedenstellend der Natur. Während der Betriebsmonate sind lediglich sechs Notlandungen erforderlich geworden und während dieser ganzen Zeit ist nur ein größerer Flugzeugschaden zu verzeichnen gewesen. Tagegen sind irgendwelche Beschädigungen der übernommenen Frachten und sonstigen Sendungen nicht vorgekommen. Die im Rahmen des Flugplanes ausgeführten Flüge waren mit 99.6 Prozent erfolgreich. Die Angabe der vorgekommenen Verspätungen im Luftverkehr zwischen Deutschland und Sowjetrußland machten keine 5 Prozent aus, und wo Verspätungen notwendig geworden sind, kommen sie in der Hauptsache auf meteorologische Ursachen zurückgeführt werden.

Auf der Hauptstrecke Berlin—Moskau und umgekehrt sollen in der nächsten Saison die modernsten Flugzeuge, ausgerüstet mit den besten Motoren, Instrumenten, Schwimmern und Funkanlagen eingesetzt werden. Die Streckensicherung und die Wetterberatung wird nach den neuesten Erfahrungen ausgebaut.

Die schweizerische Luftschiffahrt

ist in die internationalen Linien sehr gut einbezogen. Für dieses Jahr hat Deutschland eine ganze Reihe Linien vorgesehen, die Nord- und Osteuropa über Basel und Zürich in Genf zusammenfassen. Während der Flugperiode werden täglich jeden Morgen Abgänge von Budapest, Breslau, Berlin und Hamburg mit Ankunft am Abend in Genf stattfinden.

Die Weiterführung der Linie London—Paris—Basel—Zürich wird von hohen schweizerischen Subventionen abhängig gemacht. Von Genf wird ein Flugzeug über Marseille und Barcelona nach Madrid verkehren.

Der Luftfahrplan der Deutschen Lufthansa, die mit der schweizerischen Luftverkehrsgesellschaft „Ad Astra" vereinigt ist und ihren Sitz für die Schweiz in Zürich bezw. Dübendorf hat, ist für dieses Jahr ebenso reich und noch vielfältiger als ein Eisenbahnfahrplan. Außerdem durchfliegen mehrere Linien die Schweiz: von London aus die Route London—Paris—Zürich—München—Wien; von Lyon aus die Linien Genf—Basel; Karlsruhe—Frankfurt—Hamburg; und mehrere kleinere Linien, die verschiedene Ortschaften der Schweiz berühren.

Die Aufnahme des deutsch-tschechischen Luftverkehrs

und damit des Verkehrs nach Oesterreich wird voraussichtlich schon in der ersten Hälfte des Monats Februar aufgenommen werden.

Vorgesehen sind die Strecken Breslau—Gleiwitz—Brünn—Wien und Berlin—Dresden—Prag—Wien. Während die Flugverbindung von Schlesien nach Wien ausschließlich von deutscher Seite finanziert und von deutschen Flugzeugen befahren wird, nimmt die Tschecho-Slowakei an der Finanzierung der Linie Berlin—Dresden—Prag—Wien teil. Diese Strecke wird auch teilweise mit tschechischen Flugzeugen beflogen. Die Einbeziehung des Flughafens Brünn in die Strecke Breslau—Gleiwitz—Wien erfolgte auf ausdrücklichen Wunsch der Tschecho-Slowakei, obwohl sich die Fluglinie dadurch verlängert.